



**für ver.di Aktive an Saar und Blies**

Ausgabe 15/26 (Nr.62) am 5. Oktober 2026

**Ortsverein befasst sich mit der Künstlichen Intelligenz**

# Wem gehört die KI?

**Am 12. November 2026 hat ver.di Saar-Blies unseren Kollegen Dr. Luitpold Rampeltshammer zu Gast. Er wird uns ins Thema Künstliche Intelligenz einführen. Wir wollen uns auf den Stand bringen. Was ist künstliche Intelligenz? Was bedeutet das für die Arbeitswelt? Welche Aufgaben ergeben sich daraus für unsere Gewerkschaft? Welche Herausforderungen müssen wir uns stellen?**

Die zunehmende Digitalisierung verändert die Arbeitswelt auf drastische Art und Weise: Unter anderem haben sich vor allem Arbeitsinhalte und die Geschwindigkeit der Übermittlung von Informationen in-



tensiviert. Dadurch entstehen erhebliche Auswirkungen auf Tätigkeiten im Betrieb und Berufsbilder.

Diese Entwicklungen werden intensiviert durch den zunehmenden Einsatz von Künstlicher Intelligenz im betrieblichen Alltag, der sich erst in einem Anfangsstadium befindet. Als Organisation der Arbeiterbewegung darf man die KI nicht als bloßes neutrales Werkzeug verstehen, sondern als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse.

Dies bringt neue Herausforderungen sowohl für Betriebs- und Personalräte als auch für Gewerkschaften mit sich.

Als Referenten begrüßen wir unser eigenes Mitglied. Kollege Luitpold ist Leiter der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA) an der Universität des Saarlandes. Seit drei Jahrzehnten vernetzt die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt im Saarland Universität, Arbeitskammer und Gewerkschaften, um Kontakt, Verständigung und Wissenstransfer der Akteure zu fördern. Dr. Luitpold Rampeltshammer ist auch Vertrauensdozent der Hans-Böckler-Stiftung und der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bis 2023 war er Afa-Landesvorsitzender.

**KI im Betrieb:**

# KI regeln, Überwachung verhindern

Welche Regeln gibt es für den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Betrieb? Der renommierte Arbeitsrechtler Wolfgang Däubler erklärt die Grundlagen.

Professor Dr. Wolfgang Däubler von der Uni Bremen ist Verfasser zahlreicher arbeitsrechtlicher Standardwerke. Gemeinsam mit Ernesto Klengel, wissenschaftlicher Direktor des Hugo-Sinzheimer-Instituts, hat er das Praxishandbuch „KI im Betrieb“ herausgegeben. ver.di stellte ihm ein paar Fragen.

**Beginnen wir mit einem Fallbeispiel: Ein Unternehmen erstellt mit Hilfe Künstlicher Intelligenz (KI) eine Prognose darüber, ob ein Beschäftigter voraussichtlich kündigen wird oder bereit ist, sich an Streiks zu beteiligen. Wäre das rechtlich möglich?**

In den USA ist so etwas durchaus üblich. Bei uns müsste zunächst der Betriebs- oder Personalrat bzw. die Mitarbeitendenvertretung gefragt werden, da hier personenbezogene Daten und mögliches Verhalten ermittelt werden, was ein Mitbestimmungsrecht auslöst. Wie immer wäre eine Abwehr in Betrieben ohne Interessenvertretung schwieriger. Es ist aber davon auszugehen, dass es sich in diesem Fall um ein sogenanntes Hochrisikosystem handelt, das laut KI-



Wolfgang Däubler  
Ernesto Klengel (Hrsg.)

## KI im Betrieb

Handbuch für Praktiker  
in Betrieben und Behörden  
mit Empfehlungen,  
Musterformulierungen  
und Checklisten



Foto Wolfgang Däubler, privat

Verordnung künftig erst nach Durchlaufen eines Zulassungsverfahrens eingesetzt werden darf. Zudem ist der Einsatz Künstlicher Intelligenz zur Überwachung von Menschen – und das ist wichtiger – laut Bundesverfassungsgericht nur möglich, wenn ein gravierendes, deutlich überwiegendes öffentliches Interesse besteht. Daran fehlt es hier offensichtlich. Davon ganz abgesehen: Zu versuchen, die Streikbereitschaft auf diese Weise zu ermitteln, wäre auch ein Verstoß gegen die grundgesetzlich verbrieft Koalitionsfreiheit.

**KI kommt in den Betrieben immer mehr zum Einsatz. Wie ist das grundsätzlich geregelt? Wo liegen die rechtlichen Grenzen?**

Zentral ist die KI-Verordnung der Europäischen Union, die in Teilen bereits in Kraft getreten ist. Sie enthält aber grundsätzlich keine arbeitsrechtlichen Normen, es geht vielmehr um Produktsicherheitsrecht. Konkret: Die Verordnung will sicherstellen, dass niemand durch die KI zu Schaden kommt. Dabei unter-

Wolfgang Däubler/Ernesto Klengel:

## KI im Betrieb

Handbuch für die Praxis in Betrieben und Behörden – mit Empfehlungen, Musterformulierungen und Checklisten  
Bund-Verlag, 2025, 317 Seiten, 59 Euro, ISBN: 978-3-7663-7539-1

scheidet die Verordnung zwischen geringen, hohen und inakzeptablen Risiken. Letzteres betrifft zum Beispiel die Ermittlung von Emotionen und die Erstellung einer Prognose, ob jemand in der Zukunft Straftaten begehen wird. Derartiges ist verboten.

### Und was wäre ein sogenanntes Hochrisikosystem?

Zum Beispiel die Auswahl zwischen verschiedenen Bewerberinnen und Bewerbern oder die soziale Auswahl bei Massenentlassungen. Einbezogen sind auch entsprechende Vorbereitungshandlungen. An solche Systeme werden sehr hohe Anforderungen gestellt. Diese werden allerdings in den Debatten auf EU-Ebene derzeit wieder infrage gestellt, sodass eine klare Auskunft schwer fällt. Unproblematisch sind hingegen einfache Anwendungen, die beispielsweise überprüfen, ob Bewerbungsunterlagen vollständig sind.

Unabhängig von der Risikostufe gilt: Es muss deutlich erkennbar sein, dass KI eingesetzt wird. Aus Arbeitnehmersicht wichtig ist auch die Vorgabe, dass diejenigen, die mit KI umgehen, über die dafür nötige Kompetenz verfügen müssen. Der Arbeitgeber ist deshalb ausdrücklich verpflichtet, auf seine Kosten entsprechende Schulungen anzubieten. Außerdem gilt: Die KI-Verordnung lässt das europäische wie das nationale Arbeitsrecht unberührt, dasselbe gilt für das Datenschutzrecht.

### Was können Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitendenvertretungen tun, um die Beschäftigten bei der Einführung von KI-Systemen vor unverhältnismäßiger Überwachung oder anderen Nachteilen zu schützen?

Zunächst einmal haben Sie umfassende Informationsrechte. Sie sollten sich frühzeitig darüber informieren, was die KI kann, zu welchen Zwecken und mit welchen technischen Möglichkeiten sie eingesetzt

werden soll. Dabei hat der Betriebsrat einen Anspruch auf Unterstützung durch Sachverständige; der Gesetzgeber hat insoweit den § 80 Abs. 3 BetrVG ergänzt. Zudem gibt es bei der Einführung von KI Beratungs-, bei einer Anwendung im Personalbereich volle Mitbestimmungsrechte. Auch greift § 87 Abs. 1 Nr. 6 BetrVG immer ein, wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden und daraus mit Hilfe zusätzlicher Informationen Rückschlüsse auf Verhalten und Leistung gezogen werden können.

### Was raten Sie den Interessenvertretungen?

Sie sollten sich frühzeitig informieren und ihre Rechte aktiv ausüben, mit dem Ziel, gute Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen zu erreichen. Sie können sich dabei an einer Muster-Rahmenbetriebsvereinbarung orientieren, die von meiner Homepage (<https://www.daeubler.de/>) unter „Aktuelles“ kostenfrei heruntergeladen werden kann. In dieser Vereinbarung ist zum Beispiel festgelegt, dass KI in der Personalverwaltung nur mit Zustimmung des Betriebsrats eingeführt werden darf – und dass diese Zustimmung nicht durch die Einigungsstelle ersetzt werden kann. Denn im Personalbereich geht es um die Überwachung von Menschen. Das ist etwas ganz anderes als der Einsatz im industriellen Prozess, wo KI die Arbeit produktiver und manchmal auch leichter machen kann.

### Sowohl im Privatleben als auch im Betrieb nutzen viele Beschäftigte KI-Anwendungen wie ChatGPT. Worauf sollten sie dabei achten?

Beschäftigte sind nach § 613 BGB dazu verpflichtet, ihre Arbeitsleistung persönlich zu erbringen. Man kann allerdings mit dem Arbeitgeber vereinbaren, dass dabei KI genutzt werden kann. Hat man das nicht vereinbart, darf man nicht einfach die Arbeit auf die KI verlagern. Denn das wäre dann nicht mehr die eigene, sondern eine fremde Leistung. Bei untergeordneten Einzelfragen kann es anders sein. Wenn man mit Hilfe von KI eine Adresse herausfindet und sich so eine lange Suche erspart, ist das sicher kein Problem. Es hat ja auch niemand etwas dagegen, wenn man beim Umgang mit Zahlenkolonnen einen Taschenrechner benutzt. Aber wenn es um die eigentliche Arbeit geht, darf KI nur eingesetzt werden, wenn der Arbeitgeber zu erkennen gibt, dass er damit einverstanden ist.



### Einfach mal schreien.

So heißt „Der Treffer“ vom Thomas Körner, alias TOM, in der ver.di Fachbereichszeitung „mittendrin“ Nr. 16 vom Juni bis September, auch in der Vorgängerzeitung „drei“ hat er seinen ständigen Cartoon. Auch die Freunde der Arbeitskammer des Saarlandes kennen die Zeichnungen von ihm. TOM, ist ein deutscher Cartoonist. Sein Comic-Strip Touché erscheint seit 1991 bei der taz.

Am 26.9. waren wir auf der Straße:

# Protest der 175.000

In 15 Großstädten sind am 26.9.26 über 175.000 Menschen gegen die Kürzungen der CDU/SPD-Bundesregierung auf die Straße gegangen und haben für eine soziale Politik demonstriert. 12.000 waren es in Saarbrücken, die lautstark kundtaten, dass sie mehr verdient hätten als Misstrauen und Beschimpfungen.

Die Demonstration gegen den Sozialabbau führte vom Bürgerpark zum Saarbrücker Schloss, wo Tausende der Kundgebung des DGB folgten. Viele Betriebe waren mit großen Delegationen vertreten.



Es demonstrieren die Menschen, die keine 13-Stunden-Schichten haben wollen, die eine auskömmliche Rente erwarten und jene, die nicht sachgrundlos jahrelang buckeln wollen. Auch jene, die wollen, dass es eine menschenwürdige Pflege gibt und die sich gegen die Zweiklassenmedizin wehren, gingen auf die Straße. Es ging um die erkämpften Rechte im sozialen Bereich. Und schon gifteten die Arbeitgeber und sprachen von einer „rituellen Reformverweigerung“. Der Kanzler meint ganz abgehoben: „Die Reformen müssen kommen.“



Timo Ahr, der stellvertretende Vorsitzende des DGB Rheinland-Pfalz – Saarland, bezeichnete die sogenannten Reformen der Bundesregierung als eine Schande. „Wer Menschen nach 45 Jahren Arbeit sagt, sie sollen länger arbeiten, und wer Beschäftigte vier Jahre lang ohne Grund befristen will, der macht diejenigen zum Problem, die jeden Tag dieses Land am Laufen halten. Wirtschaftliche Probleme löst man nicht, indem man Arbeitnehmerrechte abbaut und den Sozialstaat zusammenstreicht. Die Beschäftigten sind nicht das Problem. Dass heute Tausende dagegen auf die Straße gegangen sind, ist ein klares Signal – das muss in Berlin ankommen.“ Hauptredner war Ralf Reinstädter, der Sozialvorstand der IG Metall. Er sprach von einer „neoliberalen Geisterfahrt“. Wer darauf setze, brauche den Wider-



stand der Gewerkschaften. Unter Beifall forderte er: „Hände weg vom 8-Stunden-Tag, die Lebenszeit gehört den Beschäftigten und nicht den Arbeitgebern. Wer den 8-Stunden-Tag schleift, erhöht den Druck auf die Menschen, und da weichen wir keinen Millimeter zurück.“ Kollege Reinstädtler forderte einen „starken Sozialstaat“, der die Leistungen der Men-



schen respektiert und Menschen nicht gegeneinander ausspielt. Die Demo zeige, wie breit man zusammenhalte und dass der Begriff der „Solidarität“ wieder zähle.



12.000 Menschen in Saarbrücken – da freute sich manches Gewerkschafterherz. Viele Kolleginnen und Kollegen hatten in den Wochen zuvor fleißig geworben; insbesondere in den sozialen Medien waren wir aktiv wie selten zuvor. Seit dem Warm-up am 17. Juni im Bürgerpark setzten wir uns im DGB zuerst für einen Aktionstag ein, und als er dann für 15 Städte beschlossen war, galt es, Demonstrationsteilnehmer zu gewinnen.

Dies gelang recht unterschiedlich und machte auch die organisatorische Schwäche deutlich. So beein-



druckte insbesondere die IG Metall, wo ganze Betriebe demonstrierten und mit erfrischenden Aktionen die Demonstration bereicherten. Allein der Beitrag der Jugend, die deutlich machte, welche Lasten sie tragen musste, zeigte, wie intensiv dort die Demonstration vorbereitet wurde und wie es dort gelang, viele Freunde mit einzubeziehen.



In Ansätzen gab es da auch bei ver.di. Endlich gab es mal einen ver.di-Block mit Sprechchören und eigener





Beschallung, die über das stupide Trillerpfeifenblasen hinausging. Offenbar ist es den Kollegen sehr schwer zu vermitteln, dass es wichtig ist, auch als Gewerkschaft mit unseren Forderungen sichtbar zu sein. Es gab auch vereinzelt Transparente der Betriebsgruppen, wie z. B. vom Staatstheater, der Arbeitsagentur und der Landeshauptstadt, aber es wurden auch sehr viele vermisst.

Aufgefallen ist eine Station von der Uniklinik; sie war so stark vertreten, dass fast alle auf der Demo waren, die an diesem Tag nicht arbeiteten. Da hat eine Kollegin wirklich tolle Überzeugungsarbeit geleistet. Es geht also.



Es muss auch weitergehen, wenn auch die Teilnehmerzahl in Saarbrücken beachtlich war und sich auch im Verhältnis zu den anderen 14 Städten sehen lassen kann; immerhin fielen 6,9% der Demonstranten auf das Saarland, aber nüchtern betrachtet demons-

trierte damit etwa nur jeder 427 Mensch der etwa 5,13 Millionen Einwohner des Saarlandes und Rheinland-Pfalz. Das ist eindeutig zu wenig. Damit werden wir den Generalangriff auf unsere Rechte nicht abwehren können.

Mancher Demonstrant war dann auch von der Berichterstattung enttäuscht: Die Saarbrücker Zeitung berichtete gerade mal mit einem bescheidenen Vier-



spalter unten in der linken Ecke auf B3 (Saarland und Region) und zeigte ein Foto aus dem Bürgerpark. Auch sonst waren die Reaktionen eher bescheiden und gingen über die 175.000 hinweg zum nächsten angeblich wichtigeren Ereignis, und sei es der Besuch von Kanzler Merz in Saarlouis. All das zeigt uns, dass mit der Regierung und deren Sozialabbau nicht zu spaßen ist.

Trotzdem sind wir stolz, dass wir dabei waren, und wir haben uns sehr angestrengt, dass dieser Aktionstag ein Erfolg wird. Aber, machen wir uns nichts vor, das kann nur der Beginn sein. Da muss noch manche Kollegin und mancher Kollege überzeugt werden. Sozialpartnerschaft ist jetzt nicht gefragt, notwendig ist der Klassenkampf von unten.

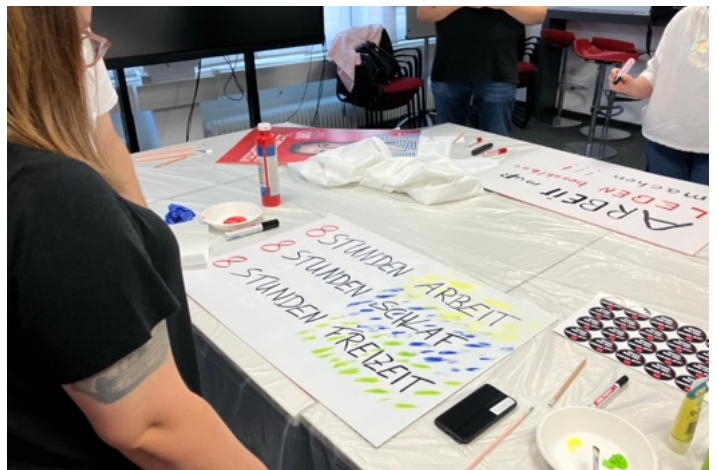
Der Ortsverein Saar Blies war mit sechs Transparenten und dutzenden selbstgemalten Schildern sowie diversen Fahnen auf der Demo vertreten. Der Ortsverein machte insbesondere auf den Zusammenhang aufmerksam, den er zwischen steigenden Militärausgaben und den enger werdenden finanziellen Spielräumen für Sozialstaat, öffentliche Daseinsvorsorge und kommunale Investitionen sieht. Vereinzelt brachten das auch andere Demonstranten zum Ausdruck. Nüchtern muss allerdings schon festgestellt werden, dass der Zusammenhang von Aufrüstung, Sozialabbau, Umweltkatastrophe und Rechtsruck von vielen Menschen noch nicht erkannt wird. In diesem Sinne war auf der Kundgebung auch wenig zu hören. Es bleibt noch viel zu tun.



## OV Saar-Blies:

# Wir packen mit an!

In Vorbereitung des Aktionstages galt es, einiges zu tun. Dabei wollte der Ortsverein nicht abseits stehen, denn Mobilisation heißt nicht nur, schöne Videos in den sozialen Medien zu veröffentlichen. Im Vorfeld galt es, Freunde und Familie zu überzeugen und natürlich die Demo selbst vorzubereiten. Der Ortsverein wurde gebraucht, und wir waren dabei.



**Am Samstag vor dem DGB-Aktionstag trafen wir uns bei ver.di zum Schilder malen.**



**Was hat die Rente mit der Rüstung zu tun?**



**11 Mitglieder verteilten am 24.9. vor dem Saarbrücker Hauptbahnhof Flyer für die Demo**

## Kommunen am Limit:

# Den Kahlschlag verhindern:

„Kommunen am Limit“ beschreibt die dramatische finanzielle und strukturelle Überlastung von Städten, Landkreisen und Gemeinden in Deutschland.

Dass sich die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt die kommunale Daseinsvorsorge und den Sozialstaat nicht mehr leisten kann, ist ein verlogenes Narrativ.

Die finanzielle Lage der saarländischen Kommunen ist mehr als angespannt. Gleichzeitig wachsen die Anforderungen an Städte und Gemeinden stetig: Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge sind ebenso notwendig wie Maßnahmen für Klimaschutz und Klimaanpassung. Die finanziellen Handlungsspielräume vieler Kommunen werden immer enger.



Das war Thema einer Tagung in der Arbeitskammer am 28. September in Kirkel. Dort hielten unsere Landesvorsitzende ver.di Rheinland-Pfalz-Saarland Anke Schmeier und Dr. Patricia Bauer von der Arbeitskammer sowie Susanne Schwarz vom Landkreistag und Stefan Spaniol, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Vorträge. An der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Fabienne Wolfanger moderiert wurde,



de, nahm auch der ver.di-Geschäftsführer Christian Umlauf teil.

Die Situation ist so ernst, dass es den Kommunen immer unmöglicher wird, ihre Rolle für gesellschaftlichen Zusammenhalt, demokratische Teilhabe und die Gestaltung der Zukunft zu erfüllen.

Die Veranstaltung zeigte den Ernst der Lage auf. Die Menschen brauchen Investitionen, nicht Kürzungen. Sie wollen Zukunft, nicht Stillstand. Die Botschaft ist eindeutig: Wer an Kommunen, Sozialstaat oder Arbeitsrechten spart, gefährdet Vertrauen und demokratischen Zusammenhalt.

Anschließend verständigten sich die Kolleginnen und Kollegen aus den Verwaltungen und Betrieben über



die nächsten Aufgaben und berieten die nächsten Schritte in dieser Kampagne; schließlich, so Kollege Christian Umlauf, wolle man nicht in eine Depression verfallen, sondern deutlich machen, was möglich wäre, wenn man die Vorschläge von ver.di und den Kolleginnen und Kollegen aufgreifen würde.

Am 3. Oktober in Stuttgart:

# Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht & Krieg!

In Berlin und Stuttgart demonstrierte die Friedensbewegung in Stuttgart und Berlin kraftvoll gegen aktuelle Kriege. Sie wendet sich gegen Hochrüstung, Wehrpflicht, die wachsende Militarisierung der Gesellschaft und sozialen Kahlschlag. Sie verlangt Diplomatie und Verständigung. Unser Ortsverein war in Stuttgart dabei.

Über 20.000 Menschen in Berlin und 15.000 in Stuttgart gingen am 3.10. erneut für Frieden und Diplomatie, gegen Krieg und Hochrüstung auf die Straße und stellten sich hinter die Losung der Demonstrationen „Nein zu Hochrüstung, Wehrpflicht und Krieg! – Für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit!“

Wie in den vergangenen Jahren wurde die Aktion von einem breiten Bündnis von über 300 Organisationen und Friedensgruppen getragen. Nach den Schulstreiks gegen die Wehrpflicht und dem Aktionstag der Gewerkschaften gegen den Angriff der Regierung auf

den Sozialstaat, protestierten die Demonstrierenden in Berlin und Stuttgart gegen die gefährlichen friedenspolitischen und gesellschaftlichen Entwicklungen: die immer weiter eskalierenden Kampfhandlungen im Ukrainekrieg, die aggressive Hochrüstung und die wachsende Gefahr eines großen, gar mit Atomwaffen geführten Krieges in Europa.

Rednerinnen und Redner kritisierten die Politik westlicher Staaten und warfen ihnen vor, zur Eskalation bestehender Konflikte beizutragen. Die Kriege im Nahen und Mittleren Osten und die weitere Demontage des Völkerrechts durch die westliche Unterstüt-





zung waren ebenfalls Themen der Kundgebungen. Die Rednerinnen und Redner wandten sich entschieden gegen die Pläne der Bundesregierung, die Bundeswehr durch hunderte zusätzliche Milliarden für Rüstung und Militär zur stärksten konventionellen europäischen Armee in der NATO und Deutschland zur Führungsmacht in Europa machen zu wollen. Sie forderten Diplomatie statt Waffenlieferungen, Engagement für eine neue Friedensordnung, zurück zu den



Zielsetzungen einer „gemeinsamen Sicherheit“. Vertreter:innen der Jugendgruppen kündigten weiteren Widerstand gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Militarisierung der Gesellschaft



an. Gewerkschafter verbanden Kritik an der Hochrüstung mit der Warnung, dass die horrenden Ausgaben und der Druck der Schulden zwangsläufig auf Kosten der sozialen Versorgung gehen und die soziale Spaltung vertiefen wird.



Mehrere Rednerinnen und Redner warfen der Bundesregierung eine Mitverantwortung für die humanitäre Katastrophe in Gaza vor und bezeichneten das Vorgehen Israels als Völkermord.“



Bereits am Vortag nahmen viele überwiegend junge Menschen an einem Konzert am Brandenburger Tor gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Kriegsvorbereitungen teil.

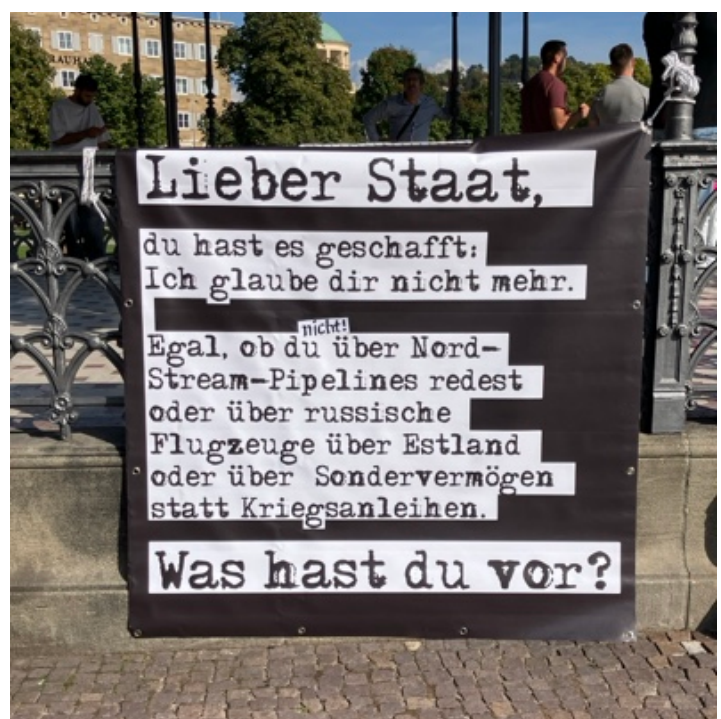


Die Friedensbewegung wird ihre Aktionen in den kommenden Monaten und Jahren fortsetzen, sich der verantwortungslosen Politik der Konfrontation entgegenstellen und Alternativen aufzeigen zu Krieg und



Hochrüstung.

Wir brauchen keine Kriegstüchtigkeit, sondern die Fähigkeit zum Frieden. Wir brauchen Diplomatie und Entspannungspolitik statt Eskalation und Demokratieabbau. Das ist das Fazit dieses Tages.



## Rede in Stuttgart:

# Gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens

Unser Kollege Michael Quetting gehörte am 3. Oktober in Stuttgart zu den Rednern auf der Kundgebung der Friedensbewegung. Die ver.di Geschäftsführung betont, dass es sich um dessen persönliche Auffassungen handelt.

Liebe Friedensfreunde!

Ich komme aus dem Saarland und bin dort im OV Saar-Blies der Gewerkschaft ver.di aktiv. Wir gehören zu den unterstützenden Organisationen dieses Aktionstages. Unser Motto: Wer das Soziale verteidigen will, muss die Kriegstüchtigkeit ablehnen.

Ich bin Krankenpfleger. Vor meinem Renteneintritt war ich Pflegebeauftragter meiner Gewerkschaft. Das erklärt zum Teil meine besondere Wut auf die beschlossenen Vorhaben in der Gesundheitspolitik und das weitere Spar- und Kürzungspaket genannt Pflegeneuordnungsgesetz.

Seitdem Boris Pistorius die Kriegstüchtigkeit der deutschen Gesellschaft forderte, erleben wir auch eine enorme mentale Aufrüstung. Das gilt im besonderen Maße für das Gesundheitswesen. Grundlegend ist da der weitgehend geheime Operationsplan Deutschland, heruntergebrochen auf das Gesundheitswesen im Grünbuch Zivil-Militärische Zusammenarbeit 4.0.

Ausgegangen wird von einem Krieg im Jahr 2030. Es müssen 800.000 Soldaten verbündeter Armeen in 200.000 Fahrzeugen durch Deutschland an die Front geschleust werden. Gerechnet wird mit 1.000 Verwundeten von der Front, davon 33,6 % intensivpflichtig. Die müssen dann gepflegt und versorgt werden. Wir haben das an der Saar im Frühsommer in einer Großübung „SaarEx“ praktisch geübt: Übergabe von Kriegsverwundeten aus einem Lazarettzug an zivile Blaulichtorganisationen, die für den Transport in zivile Krankenhäuser zuständig sind.

Im Kern geht es darum, die zivile Versorgung der militärischen unterzuordnen, um es deutlicher zu sagen: da ist es sinnvoller, den blutenden Soldaten vor der krebserkrankten Patientin zu behandeln.

Pflegerische sowie medizinische Ethik und militärische Logik befinden sich völlig im Gegensatz, wenn im Krieg die Knappheit an Personal und Material zwangsläufig zu einer Priorisierung medizinischer Leistungen zugunsten des Militärs führt. Im Kriegsfall treten Notstandsgesetze in Kraft, die weitreichende Grundrechtseinschränkungen wie Dienstverpflichtungen im Gesundheitswesen ermöglichen.

Wenn jetzt Zusammenarbeit zwischen Gesundheitswesen und Bundeswehr geübt wird, dann auch um den Eindruck zu erwecken, man habe alles im Griff. Was wir eben nicht haben, denn es gilt im Atomzeitalter weiterhin: **Wir werden euch nicht helfen können.** So der Titel einer Broschüre der demokratischen Ärzt\*innen, die sich mit der Militarisierung des Gesundheitswesens befasst.

Die Internationale Ärzt\*innen für die Verhütung des

Atomkrieges hat diesen bekannten Satz geprägt. Sie hat eine Erklärung für ein ziviles Gesundheitswesen verfasst, mit der Beschäftigte des Gesundheitswesens erklären, dass sie sich nicht an einer Kriegsméizin beteiligen werden und Schulungen in Kriegsméizin ablehnen. Wir sagen: „Die Prävention von Kriegen ist die beste Méizin.“

Die Lage in den Krankenhäusern und in der Pflege ist ernst. Wir kennen das spätestens seit Corona. Es fehlt an Personal. 70 % aller Krankenhäuser schreiben rote Zahlen.

In dieser Situation wird unsere Gesellschaft zur Kriegstüchtigkeit aufgeputzt und der Sozialabbau betrieben.

Das Gesetz zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und der Kabinettsentwurf zur Pflegeneuordnung bedrohen Kliniken, Pflegekräfte und Versicherte.

Für gesetzlich Versicherte steigen die Zuzahlungen bei Medikamenten auf 7,50 bis 15 Euro. Die beitragsfreie Mitversicherung von Ehepartnern wird ab 2028 eingeschränkt. Krankenhäuser verlieren allein 2027 rund 5,1 Milliarden Euro. Tarifierhöhungen werden künftig nur noch zur Hälfte

refinanziert, das Pflegebudget gedeckelt.

Das ist im besonderen Maße eine Kampfansage an die Beschäftigten im Gesundheitswesen. Die Löhne sollen gedrückt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert werden. Erfolge, die wir in harten Kämpfen in den vergangenen Jahren erreichten, drohen zunichte gemacht zu werden. Ich denke an die PPR 2.0 und auch an die Entlastungstarifverträge der Unikliniken in Baden-Württemberg, in Mainz und im saarländischen Homburg.

In dieser Situation entsteht bis 2029 nahe Ramstein in der Pfalz in Weilerbach das größte US-Militärkrankenhaus außerhalb der USA.

- Fertigstellung: 2029
- Kosten: 1,8 Milliarden US-Dollar, davon deutscher Anteil für Planung/Aufsicht: ca. 266 Millionen Euro
- 68 feste Betten, 9 Operationssäle sowie 120 Untersuchungsräume

Manche Zahlen überraschen und passen nicht zu Bettenzahl und Raumbereitstellung. Für ein modernes ziviles Akutkrankenhaus würde man über den Daumen vielleicht 800.000 Euro pro Bett rechnen und man würde etwa 120 Brutto-Quadratmeter pro Bett veranschlagen. In Weilerbach betragen die Kosten 23,5 Millionen Euro und 2.800 qm pro Krankenhausbett. Ein solches Krankenhaus würde man in Deutschland mit etwa 300 Vollkräften betreiben, die USA werden 2.500 beschäftigen. Da gibt es dann keinen Pflegenotstand. Das Verhältnis materieller



*Aufwand zu der geringen Bettenzahl überrascht und wirft Fragen auf.*

*Der Bau sorgt vor allem wegen eines darin integrierten Biosicherheitslabors (BSL-3) für erhebliche Diskussionen. Wir können nicht sicher sein, dass die USA das Labor abseits deutscher Gesetze für geheime Militärforschung nutzen – etwa zur Modifikation von Viren oder zur Entwicklung biologischer Kampfstoffe. Vermutet wird, dass die US-Streitkräfte das Labor nutzen könnten, um Restriktionen zu umgehen, die in den USA selbst für bestimmte Arten der Erregerforschung gelten.*

*Wie auch immer, dort sollen schwerverwundete Soldaten aus Kriegsgebieten direkt über die Air Base Ramstein eingeflogen und in Weilerbach erstversorgt werden. Das Krankenhaus hat eine essenzielle Bedeutung für die Kriegsführung und für völkerrechtlich oft umstrittenen Operationen.*

*Und damit ist die Westpfalz im Falle globaler Konflikte ein potenzielles primäres Angriffsziel. Und das ist nur 50 km von meinem Wohnort.*

*Die Kriegstreiber sind in der Lage, enorme Geldsummen zu bündeln und zu investieren, während sinnvolle Ausstattung in der Daseinsvorsorge unterbleibt.*

*Wir dagegen sagen: Gesundheit und Frieden gehören zusammen.*

*Schluss mit der Militarisierung und Hochrüstung und Sozialabbau!*

*Glückauf!*

### **Gedanken von der Ruhebänk:**

# Brückenabriss

Michael Quetting veröffentlicht auf seiner Webseite in jedem Quartal einen Kommentar unter der Überschrift „Gedanken von der Ruhebänk“. In diesem Herbst heißt es „Brückenabriss“. Hinweis der Redaktion: Die nachfolgenden Ausführungen geben die persönliche Meinung des Autors wieder und stellen nicht notwendigerweise Positionen von ver.di oder des Ortsvereins dar.

*„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit“ ist ein bekanntes geflügeltes Wort.*

*Am Antikriegstag 2026, auf den Tag genau 87 Jahre nachdem der Zweite Weltkrieg nach einem von den Nazis fingierten Überfall auf den Sender Gleiwitz begann, verkündete die Bundesregierung neue Sanktionen gegen Russland. Heute sollen die Russen Drohnen zum Flughafen Leipzig geschickt haben. Infolgedessen wird das Generalkonsulat in Bonn geschlossen, das Russische Haus für Wissenschaft und Kultur in Berlin aufgelöst und Diplomaten werden aus dem Land verwiesen. Die Einreise nach Deutschland wird für russische Staatsbürger erschwert. Russland kündigte daraufhin die Schließung der deutschen Goethe-Institute in Russland an.*

*Obwohl die Bundesregierung die Drohnen, die am Leipziger Flughafen abstürzten, Russland zuschreibt, fehlen konkrete Beweise. Nichts Genaueres wissen wir. Es ist offensichtlich, dass entweder Berlin oder Mos-*



*kau die Wahrheit verschweigt.*

*Und angemerkt sei, dass Russland zunächst als Urheber des Anschlags auf die Nord-Stream-Pipelines identifiziert wurde. Neue Informationen deuten jedoch zunehmend auf die Ukraine als Verantwortliche hin.*

*Mit der Schließung jeder diplomatischen Vertretung verringert sich die Möglichkeit für direkten und informellen Austausch zwischen Staaten. Mit der Schließung der Kultureinrichtungen wird auch die Brücke zwischen den Zivilgesellschaften abgerissen. In der Diplomatie herrscht das Prinzip der Gegenseitigkeit, folglich führt die Schließung in Deutschland zwangsläufig zu einer Reduzierung der deutschen diplomatischen Präsenz in Russland. Diplomatie ist jedoch insbesondere in Krisenzeiten unerlässlich, um Missverständnisse und unkontrollierte Eskalationen zu vermeiden. Die wenigen verbliebenen Fäden des deutsch-russischen Kulturaustauschs werden nun vollständig durchtrennt.*

*Russland bzw. die Sowjetunion wurde seit 1812 insgesamt fünfmal vom Westen angegriffen: 1812 während Napoleons Russlandfeldzugs, 1853 im Krimkrieg, 1914 im Ersten Weltkrieg, 1918 durch eine westliche Koalition und 1941 im Zweiten Weltkrieg. Russland hat uns nicht angegriffen. Dennoch ist die Russophobie tief verwurzelt. Nach dem Zweiten Weltkrieg dauerte es lange, bis Vertrauen wieder aufgebaut und eine Friedensordnung etabliert werden konnte. Ohne die Sowjetunion existierte das Deutschland in seiner heutigen Form nicht. 1994 endete die russische Präsenz auf deutschem Boden, als etwa 500.000 Personen, darunter 340.000 Soldaten, Deutschland verließen und ihre Waffen mitnahmen.*

*Offenbar gilt das gemeinsame Postulat von Helmut Kohl und Erich Honecker nicht mehr, die gemeinsam offiziell per Kommuniqué bestimmten: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg, von deutschem Boden muss Frieden ausgehen.“*

*Nun werden Brücken eingerissen und das deutsch-russische Verhältnis dauerhaft und nachhaltig zerstört. Es wird vom „hybriden Krieg“ gesprochen. Ich kann mit einem Begriff, der alles und nichts umfasst, wenig anfangen und unterstelle eine damit verbundene dauerhafte Militarisierung des Denkens zum Zwecke der heißen Kriegsvorbereitung.*

*Fragwürdige Begriffe hin oder her, gelogen wird was das Zeug hält, mag auch unklar sein, wer lügt. Eins steht fest: Der Krieg rückt immer näher.*

**Schulstreik:**

## Sie wollen nicht in den Schützengraben

Am 18. September kündigte das Verteidigungsministerium an, ab sofort mit den Musterungen zu beginnen. Tausende wurden schon gemustert, auch jene die im Fragebogen kein Interesse an der Bundeswehr angegeben haben. „Heute zwingen sie uns zur Musterung, morgen zur Wehrpflicht“, so die Sorgen vieler Schülerinnen und Schüler, die am 25.09. zum 4. Schulstreik gegen die Wehrpflicht aufrufen.

Die Bewegung „Schulstreik gegen Wehrpflicht“ stellt sich gegen jeden Schritt zur Wiedereinführung einer Wehrpflicht und anderer Zwangsdienste. Sie fordert die Rücknahme des Wehrdienstmodernisierungsgesetzes und einen sofortigen Stopp der Musterungen. Unter dem Motto „Nein zu Wehrpflicht, Zivildienst und Krieg“ richtete sich der vierte Schulstreik auch gegen einen potenziellen Zivildienst.



Auf dem DGB-Bundeskongress im Mai sprachen sich 74 Prozent der Delegierten gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht aus. Da ist es selbstverständlich, wenn wir den Schülern in ihrem Kampf solidarisch zur Seite stehen und so waren wir mit Transparent zur Kundgebung und Demo nach Saarbrücken geeilt und waren dort auch für den gewerkschaftlichen Aktionstag.

Insgesamt fanden am 25. September in über hundert Städten Demonstrationen mit insgesamt 45.000 Teilnehmern statt.

**Weiterer Schlag:**

## Inflation bei 3,8 %

Nach Angaben des Statistischen Amtes des Saarlandes stiegen die Verbraucherpreise im September 2026 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,8 Prozent. Die endgültige Teuerungsrate für den Vormonat August 2026 lag bei 3,3 Prozent. Gegenüber dem Vormonat stieg der Verbraucherpreisindex um 0,6 Prozent und erreichte einen Wert von 126,5 (Basisjahr 2020 = 100).

Die hohen Preissteigerungen für Energie und Lebensmittel führten zu massiven Kaufkraftverlusten. Die Tariflöhne in den Vorjahren haben den Preisanstieg nur gedämpft. Einen Ausgleich für Rentner gibt es auch nicht.

**Mitbestimmung:**

## JAVen und SBVen werden jetzt gewählt

Nachdem im Frühjahr die Betriebsräte turnusgemäß neu gewählt wurden, sind im Herbst die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAVen) sowie die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) an der Reihe. Gemeinsam mit dem Betriebsrat (BR) sind JAVen die Interessenvertretung und Rückendeckung für alle Jugendlichen, Auszubildenden und dual Studierenden im Betrieb sowie für minderjährige Beschäftigte. Sie sind Ansprechpartner\*innen für Anregungen oder Kritik rund um die Ausbildung, aber auch für Probleme im Arbeitsalltag.

Auch der Betriebsrat profitiert, denn mit einer JAV hat er kompetente Unterstützung an seiner Seite, wenn es um die Themen geht, die den Nachwuchs im Betrieb bewegen.

Wer in einer Schwerbehindertenvertretung (SBV) aktiv ist, setzt sich für Inklusion und Teilhabe im Betrieb



beziehungsweise der Dienststelle ein. Gemeinsam mit Kolleg\*innen, dem Betriebs- bzw. Personalrat und ver.di geht es um die Interessen von Menschen mit Schwerbehinderung und gleichgestellter Beschäftigter im Betrieb und der Dienststelle und damit im Arbeitsleben.

Eine Verpflichtung zur Wahl einer Schwerbehindertenvertretung gibt es nicht. Angestoßen werden kann die Wahl von den schwerbehinderten und ihnen gleichgestellten Beschäftigten im Betrieb beziehungsweise in der Dienststelle, vom Betriebs- oder Personalrat sowie vom Integrationsamt. Die Mitglieder der SBV sorgen nicht nur für eine behindertengerechte Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsstätte, der Arbeitsorganisation und der Arbeitszeit. Sie wirken auch darauf hin, dass der Arbeitgeber die gesetzlich festgelegte Beschäftigungspflicht einhält oder erreicht. Sie sind ein Sprachrohr für die speziellen Probleme der Menschen mit Schwerbehinderung und ihnen Gleichgestellten.

Tatsächlich profitieren aber alle Beschäftigten von der Arbeit der SBV. Denn zu deren Aufgaben gehören auch Prävention und betriebliches Eingliederungsmanagement, Gesundheitsmanagement und menschengerechte Arbeitsgestaltung. Zudem regen sie Maßnahmen an, die die Erwerbsfähigkeit schwerbehinderter oder von Behinderung bedrohter Menschen verbessern, erhalten oder wiederherstellen.

**Ein runder Geburtstag:**

# Danke, Kollege Hans

**Wer an Engagement, Solidarität und jahrelangen Einsatz für unsere Rechte denkt, dem kommt bei uns im Ortsverein sofort ein Name in den Sinn: Hans Ruge.**

Kollege Hans, seine langjährigen Freunde nennen ihn liebevoll Häsje, hat am 1. Oktober die 70 Lebensjahre vollendet – ein stolzer Meilenstein, den man ihm beim besten Willen nicht ansieht, besucht man ihn in seinem geliebten, besonders schön gepflegten Garten in Hassel.

Hans Ruge ist Krankenpfleger und im Saarland als singender Personalrat bzw. Betriebsrat bekannt. Als Gitarrist und Sänger hat er sich mit der Kabarettgruppe Marx, Ruge & Holzhauser einen Namen gemacht. Über Jahrzehnte kämpfte Hans an vorderster Front für faire Arbeitsbedingungen und das Miteinander im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach und übte wichtige Funktionen sowohl in der Gewerkschaft ötv wie in ver.di aus. So war er der Vorsitzende der ver.di im Saarland in dem für das Gesundheitswesen zuständigen Fachbereich.



**Hans Ruge und sein Freund, der bekannte Mundart-Entertainer Schorch Seitz, treten gelegentlich gemeinsam auf. An seinem Geburtstag ließen sie es sich nehmen ein paar Lieder den Gästen vorzutragen.**



**Hans Ruge in der Mitte des Ortsvereins und im Kreise seiner Kollegen von der ver.di-Betriebsgruppe im Knappschaftskrankenhaus Sulzbach am DGB-Aktionstag bei der Ausgabe der Transparente.**

Das Krankenhaus Sulzbach gehörte zu den ersten Krankenhäusern in Deutschland, in denen es in der Tarifaueinandersetzung 1992 zu einem elftägigen Streik kam. Der Streik im öffentlichen Dienst 1992, der auch Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, den Nahverkehr und die Müllabfuhr umfasste, war einer der größten und härtesten Arbeitskämpfe in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Das Krankenhaus spielte in den Jahren danach stets eine Vorreiterrolle in den gewerkschaftlichen Kämpfen. Die Betriebsgruppe erreichte einen Organisationsgrad von 80 Prozent, und viele beispielgebende Aktionen wurden in Sulzbach ins Leben gerufen.

Bei all den Dingen war Hans stets mittendrin und vorneweg. Er war und ist auch heute noch ein unersetzlicher Ratgeber. Wenn es brennt, behält er die

Ruhe und findet mit seiner typischen Gelassenheit immer die richtigen Worte.

Seine Kolleginnen und Kollegen schätzen seine menschliche Art. Hans hat immer ein offenes Ohr für die Sorgen der Kolleginnen und Kollegen, teilt seine Ansichten, „wenn ihr mich drängt“, und bereichert unsere Runden mit seinem feinen Humor. Er lebt die Werte der Gewerkschaft jeden Tag vor: solidarisch, verlässlich und mit dem Herz am linken Fleck.

Immer noch nimmt er an unserem Gruppenleben teil und gehört dort zu den Aktiven. Wenn er nicht kann, dann ist er korrekt entschuldigt.

Der gesamte Ortsverein und die Gewerkschaftsfamilie sagen von Herzen: Danke für einen großartigen Einsatz! Wir sind stolz, ihn an unserer Seite zu wissen. Wir wünschen Hans und seiner Frau Gisela Gesundheit und Zuversicht und freuen uns auf viele weitere gemeinsame Wege.



**Hans Ruge im Kampf gegen den Krankenhausplan 2003 auf der Demonstration von Sulzbach nach Saarbrücken.**

**Organisationswahlen:****Unsere Arbeiter treffen sich in Lautern**

Im Rahmen der ver.di Organisationswahlen findet am 13. November 2026 unsere Mitgliederversammlung der Arbeiter\*innen statt. Gemeinsam wollen wir die kommenden vier Jahre gestalten, uns austauschen und die Vertreter\*innen wählen, die die Interessen der Arbeiter\*innen in der kommenden Wahlperiode vertreten.

Daher laden wir euch herzlich zur ver.di Mitgliederversammlung der Arbeiter\*innen ein.

Sie findet am Freitag, 13. November 2026, 15:00–18:00 Uhr in der ver.di-Geschäftsstelle Kaiserslautern, Richard-Wagner-Straße 1 (Fackelcenter, 2. OG) in Kaiserslautern statt.

Antragsschluss ist der 23. Oktober 2026. Bitte reicht eure Anträge bis zu diesem Termin ein.

Wichtig: Nur wer angemeldet ist, erhält eine persönliche Einladung zur Versammlung.

Bitte meldet euch daher rechtzeitig an und gebt bei der Anmeldung gegebenenfalls auch die Kolleg\*innen an, die ihr zusätzlich mitbringen möchtet.

Ihr kennt weitere ver.di Mitglieder, die gerne an der Versammlung teilnehmen möchten? Sprecht sie gerne an und bringt sie – nach vorheriger Anmeldung – mit. Die vorherige Anmeldung ist notwendig, damit geprüft werden kann, ob sie der Berufsgruppe der Arbeiter\*innen angehören. Nur dann können sie über die Belange der Arbeiter\*innen in der Versammlung mitabstimmen.

Drei Wochen vor der Veranstaltung werden die persönlichen Einladungen mit der Tagesordnung versendet.

Mehr Infos gibt es bei der Gewerkschaftssekretärin Birgit Baier Mail: [birgit.baier@verdi.de](mailto:birgit.baier@verdi.de)

**Die nächsten Termine**

Auf dem Weg zum Bundeskongress, der vom 19. bis 24. September in Berlin stattfinden wird, finden mittlerweile die Fachgruppen und Fachbereichskonferenzen und auch die Bezirkskonferenzen statt. Dabei den Überblick zu behalten ist nicht ganz leicht, kommen dann ja auch noch Konferenzen der Personengruppen und Frauen hinzu. Hier ein paar, die unseren Organisationsbereich betreffen:

Unsere Bezirkskonferenz Region Saar-Trier findet am 29.10. in Kirkel statt. Am 12. März haben wir für diese Konferenz Monika Guss und Rainer Tobae gewählt. Außerdem haben wir Monika Guss für den neu zu wählenden Bezirksvorstand nominiert.

Vor der Landesbezirkskonferenzen finden die Landesfachbereichskonferenzen statt. Die Delegierte dafür wurden auf den Bezirksfachbereichskonferenzen gewählt. Der Landesfachbereich A tagt am 23.10. in Kirkel, der Fachbereich C am 30.10. in Mainz. Von den Fachbereichen B,D und E liegen der Redaktion keine Meldungen vor.

**Tankrabatt bis Silvester:****Steuergeld für die Ölkonzerne**

Drei Monate lang sollen Diesel und Benzin an den Zapfsäulen deutlich günstiger werden. Ob die Ersparnis tatsächlich vollständig bei den Verbrauchern ankommt, ist allerdings umstritten.

Der Weg für einen erneuten Tankrabatt zur Entlastung der Autofahrerinnen und Autofahrer von hohen Spritpreisen ist beschlossen. Vom 1. Oktober bis 31. Dezember sinkt die Energiesteuer um 14,04 Cent pro Liter. Mit dem Effekt auf die Umsatzsteuer sind das bis zu rund 17 Cent an der Zapfsäule, vorausgesetzt die Konzerne geben die Senkung weiter. Eine Verpflichtung für die Mineralölwirtschaft, die Steuersenkung voll an die Tankstellenkunden weiterzugeben, enthält die Regelung nicht. Im Bundestag stimmten Union, SPD und AfD für den Tankrabatt, Grüne und Linke waren dagegen. Im Bundesrat wurde das Gesetz im Eilverfahren durchgewunken.

Die großen Ölkonzerne steigern weiter ihre Gewinne. Sechs der weltweit größten fossilen Energiekonzerne – BP, Chevron, Eni, Exxon Mobil, Shell und Total Energies – werden im zweiten Quartal 2026 mit insgesamt 46 Milliarden US-Dollar doppelt so hohe Nettoprofite wie im ersten Quartal des Jahres einfahren. So die Prognose von der Entwicklungsorganisation Oxfam. Man geht von einer Verdopplung der Nettoprofite aus.

ver.di hat die Maßnahmen der Bundesregierung gegen hohe Spritpreise kritisiert. „Warum um alles in der Welt soll es noch Monate dauern, bis es zu einem Preisdeckel für Sprit kommt? Bis dahin verdienen sich die Mineralölkonzerne weiter dumm und dusselig“, sagte Gewerkschaftsvorsitzender Frank Werneke gegenüber den Medien. Zudem gingen CDU und SPD die Übergewinne der Konzerne nicht an. Wünschenswert wäre zudem eine Lösung, „die nicht nach dem Gießkannenprinzip funktioniert“, meinte unser Vorsitzender. Frank Werneke forderte gezielte Unterstützungen für Bezieher niedriger bis mittlerer Einkommen.

Nötig wäre ein striktes, gesetzliches Verbot von Preistreiberei an den Zapfsäulen durch staatlich festgesetzte Höchstpreise anstatt einen Rabatt mit Steuergeldern zu finanzieren. Das Geld fehlt dann an anderen Stellen so z.B. beim notwendigen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs.

Der vergangene Tankrabatt gilt als teuer, sozial ungewogen und als Segen für die Mineralölbranche.

**Impressum:****Herausgeber: ver.di OV Saar Blies. Der Vorstand**

ViSdP.: Christian Umlauf, Geschäftsführer ver.di Region Saar Trier  
St. Johanner Str. 49 in Saarbrücken

<https://saar-trier.verdi.de/vor-ort/ortsverein-saar>

Kontakt: [christian.umlauf@verdi.de](mailto:christian.umlauf@verdi.de)

OV-Vorsitzender: [Rainer.Tobae@web.de](mailto:Rainer.Tobae@web.de)

Redaktion und Bestellung: [Michael.Quetting.de](mailto:Michael.Quetting.de)

Fotos: Michael Quetting, Andreas Heiske

Der Rundbrief erscheint als pdf